

2. Wünsche und Anregungen der Bürgerinnen und Bürger
in Stadtteilangelegenheiten (ca. 5 min.)
3. Lebens- und Wohnsituation der Straßen St.-Moritz-Str., Grindelwaldstraße und Lusaner Straße und Zuordnung zu einem Quartiersmanagement entweder Tenever oder Schweizer Viertel (angefragt: Kay Borchers / Koordination Soziale Stadtentwicklung, Katrin Höpker / Quartiersmanagerin Tenever und Aykut Tasan / Quartiersmanager Schweizer Viertel) (ca. 40 min.)
4. Wie wird der soziale Friede gewährleistet, bei gleichzeitigen Wegfall von Fördermitteln im Stadtteil Osterholz? (angefragt: Vertreter des Senats, entweder Bürgermeister Björn Fecker oder Staatsrat Martin Hagen oder Senatorin Dr. Claudia Schilling für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration oder Vertreterinnen im Amt Staatsrätin für Arbeit Karin Treu oder Staatsrätin für Soziales, Jugend und Integration Kirsten Kreuzer) (ca. 20 min.)
5. Mediale Versorgung des Ortsamtes-Osterholz,
angefragt: Vertreter der Senatskanzlei, Herr Hassler von der Gewoba (ca. 20 min.)
6. Machbarkeitsstudie für einen Nachfolgebau der KiTa Graubündener Straße (ca. 15 min.)
(angefragt: Herr Kirsch, Stadtplanungsamt, ein Vertreter von Immobilien Bremen, Herr Kay Borchers / Koordination Soziale Stadtentwicklung, Herr Aykut Tasan / QM Schweizer Viertel)
7. Anträge (ca. 10 min.)
8. Bürgeranträge in Stadtteilangelegenheiten (ca. 5 min.)
9. Mitteilungen des Ortsamtes (ca. 5 min.)
10. Verschiedenes (ca. 5 min.)

Zu TOP 1 Genehmigung des Sitzungsprotokolls vom 24.03.2025

Das Protokoll vom 24.03.2025 wird einstimmig genehmigt.

Zu TOP 2 Wünsche, Anregungen der Bürgerinnen und Bürger

Herr Riechmann (Leitung Polizeikommissariat Ost) ist mir drei weiteren Kollegen der Polizei anwesend. Herr Riechmann wird in den Ruhestand gehen. Sein Nachfolger ist Herr Laabs. Herr Röttgen ist Leitung der Säule II (Bindeglied zwischen dem 110 Prozess und Anzeigenaufnahme), Herr Peper ist Führungskraft der Säule I (Übernahme 110 Prozess). Alle stellen sich vor. Herr Schlüter fragt nach der KOP Besetzung im Stadtteil. Herr Bartsch informiert, dass Herr Badura in den Weserpark gewechselt ist. Für Tenever wird Frau Hausstätter tätig sein. Herr Stahl wird zum 30.6. in den Ruhestand gehen, ebenso Herr Klüsing.

Zu TOP 3 Lebens- und Wohnsituation der Straßen St.-Moritz-Str., Grindelwaldstraße und Lusaner Straße und Zuordnung zu einem Quartiersmanagement entweder Tenever oder Schweizer Viertel

Gäste:

Herr Borchers Senatorin für Soziales, Koordination Soziale Stadtentwicklung
Herr Brüning Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung
Frau Höpker Quartiersmanagerin Tenever
Herr Tasan Quartiersmanager Schweizer Viertel
Herr Schleisiek GEWOBA

Herr Lieder führt in die Thematik ein. Die Anwohnerschaft aus dem Gebiet rund um die Grindelwaldstraße hat folgende Forderungen:

- Begleitung des Gebietes durch ein aktives Quartiersmanagement
- Beteiligung der Anwohnerschaft bei Veränderungsprozessen

- Verbesserung der Müll- und Parkproblematik
- konkrete Ansprechpersonen für das Quartier

Das Gebiet befindet sich in Tenever und Schweizer Viertel und grenzt an Oberneuland. Häusliche Gewalt nimmt zu, private Prostituton, es gibt einige Polizeisätze (überwiegend in der Nacht). Die Zufahrtsmöglichkeiten sind dauerhaft schlecht zu passieren, aufgrund des hohen Parkaufgebots (Wendekreise und Einfahrten werden zugeparkt). Es findet ein Wandel der Sozialstruktur (von z.B. 2 Personen auf junge Familien) statt. Das Müllaufkommen steigt somit ebenfalls, Sperrmüllproblem, die Container sind ständig überfüllt, Mülbehälter sind teilweise zu klein, die Grünflächen werden nicht mehr gepflegt, oft liegt ein Fehlverhalten der Anwohnerschaft vor, es ist kaum noch eine Kommunikation vorhanden, fehlende Ansprechpersonen vor Ort. Deswegen die vier eben genannten Forderungen. Anwesende Bürger:innen bestätigen die Situation. Es ist nicht mehr auszuhalten. **Herr Borchers** informiert zu dem Förderprogramm Wohnen in Nachbarschaften (WiN). Alle drei Jahren findet ein Sozialraummonitoring statt (Kriterien: Sprachförderbedarf, Nicht-Abiturquote, Leistungsbeziehende unter 15 Jahre, Leistungsbeziehende über 15 Jahre). Einzelheiten sind auch unter [WiN - Soziale Stadt Bremen](#) abrufbar. Das Gebiet rund um die Grindelwaldstraße kann in das anstehende Monitoring in die Begutachtung mit aufgenommen werden. Das größere Problem wird allerdings sein, die Förderung WiN Programm wiederzubekommen (eine Aufstockung kann zum jetzigen Zeitpunkt bereits ausgeschlossen werden). Deswegen ist die Bitte gegenüber dem Beirat, dass es einen Unterstützungsbeschluss geben sollte. Die nächsten Schritte sind nun:

1. Monitoring
2. Klärung, ob WiN überhaupt verlängert wird
3. danach können die Details besprochen werden

Herr Haase berichtet, dass der Beirat um die Erfolge des Programms weiß und auch, wie die Gelder die Quartiere positiv verändert haben. Der Beirat unterstützt weiterhin das Programm und setzt sich für seine Verlängerung ein. **Herr Schlüter** betont, dass keine Schwächung der Ortsteile erfolgen darf.

Herr Schleisiek berichtet, dass der Hauswart lange erkrankt war, eigentlich arbeiten die Hauswarte immer in 2er Teams. Er wird die Beschwerden/Anregungen mit nehmen. Zum Thema Müll berichtet er, dass sich das Mieterklientel verändert hat (viele junge Personen, viele Kulturen). In der Grindelwaldstraße und in der Straße St.-Moritz hat die GEWOBA 360 Wohnungen. Aufgrund der angespannten Wohnungsmarktlage ist es für Familien nicht so leicht an größere Wohnungen zu gelangen. Die Situation mit den Glascontainer wird er ebenfalls mit nehmen, obwohl er nicht zuständig ist.

Zu TOP 4 Wie wird der soziale Friede gewährleistet, bei gleichzeitigen Wegfall von Fördermitteln im Stadtteil Osterholz?

Gast:

Frau Fried, Amt für soziale Dienste- Soziale Stadtentwicklung

Eine Vertreterin von agab berichtet, dass die Förderung von agab nur bis zum 30.6.25 gesichert ist. Derzeit ist unklar, wie es danach weitergeht. Was ab dem 1.1.26 sein wird, ist ebenfalls noch nicht geklärt. Sie betont, dass die Bedarfe ansteigen und die Problemlagen immer komplexer werden. Es ist erforderlich, dass niedrigschellige Angebote weiterhin existieren. Sie bittet um Unterstützung. **Herr Tasan** berichtet, dass er heute erfahren hat, dass auch die Mitarbeitenden des Café Schweizer Viertel von der aktuellen Situation betroffen sind (zum 30.6.25 ist den Mitarbeitenden vorsorglich gekündigt worden). In vorherigen Beiratssitzungen hat es bereits zu den Sparmaßnahmen für Tenever und Blockdiek Beiratssitzungen gegeben, nun scheint das Schweizer Viertel ebenfalls betroffen zu sein.

Frau Kemp ist über die Entwicklung und Herangehensweise schockiert und fragt nach einer Gesamtübersicht welche Projekte/Träger von den Sparmaßnahmen betroffen sind. Der Beirat benötigt dringend diese Übersicht.

Frau Fried weiß um die brisante Situation und steht mit den Trägern im engen Kontakt. Momentan wird es aus dem Ressort keine Entscheidung geben. Bis Ende 2025 wird das Ressort eine Entscheidung treffen. Für das Mütterzentrum geht es unverändert mit 200.000€ auch für 2026 weiter. Förderungen sind für die Projekte Café Gabriely, Concierges der BRAS und Recyclingbörse bis Ende 2025 gesichert. Für das Angebot vom Mütterzentrum „Qualifizierung rund um den Job“ wird das Ressort Arbeit bis Ende 2025 die Zwischenfinanzierung übernehmen. Für das Cafe Schweizer Viertel und die Angebote auf dem Ellener Hof gibt es eine Finanzierung bis 31.5.25, wie es danach weitergeht, kann jetzt noch nicht gesagt werden. Das Ressort bemüht sich um Zwischenfinanzierungen, damit die Strukturen nicht gefährdet werden. Die Haushaltsberatungen 26/27 beginnen erst noch, die Eckwerte der Landesmittel werden nicht verändert.

Frau Kemp fragt nach, ob für 26/27 die selben Eckwerte angesetzt werden. Das wird von Frau Fried bejaht.

Frau Kemp fordert eine Gesamtübersicht ein. Seit September 2024 werden nach und nach Förderungen gekürzt oder gestrichen. Es liegen unterschiedliche Aussagen von Trägern vor. Welche Projekte und in welcher Form sind von den Kürzungen o.ä. betroffen? Warum gibt es diese Gesamtübersicht nicht?

Frau Fried kann nur sagen, dass sich das Ressort um Zwischenfinanzierungen bemüht.

Herr Krauskopf ist enttäuscht, dass die Senatorin sich der Situation nicht stellt und sich auch die individuelle Situation in den Einrichtungen anschaut.

Herr Dillmann betont und stellt die Frage, was diese Kürzungen neben der betroffenen Einrichtung und der Menschen, die dort arbeiten, auch für den Stadtteil bedeutet. Also auch die Nutzer des jeweiligen Angebots. Der Titel der heutigen Beiratsbefassung „Sozialer Frieden“ ist vom Beirat bewusst gewählt worden. Wenn das Arbeitsressort im Doppelhaushalt 26/27 dieselbe Höhe des Landesmittel einplant, die ESF und Jobcenter Mittel wegfallen, wie soll eine Kompensation erfolgen?

Frau Fried informiert, dass es derzeit keine Entscheidung gibt, das Projekte wegbrechen werden. Es ist allen bewusst, was die derzeitige Situation bedeutet und für Auswirkungen hat. Die Senatorin Schilling hat sich auf ihrer Sommertour alle Projekte angeschaut und hat einen positiven Eindruck mitgenommen. Das Mütterzentrum wird wohl in 2026 nicht über EFF weitergefördert (AMiF-Antragsförderung ist in der Bearbeitung). Wenn die Landesmittel im Status Quo bleiben, dann stehen Kürzungen an. Sie hofft, dass bis Ende 2025 weitere Mittel akquiriert werden können. Die finanziellen Spielräume sind eng. Letztendlich entscheidet die Senatorin.

Seit Jahren wird sich dafür eingesetzt, dass langfristig geplant und eingestellt wird, so **Herr Last**.

Herr Haase hat die Befürchtung, dass der Beirat in sechs Monaten wieder in einer Beiratssitzung über das Thema sprechen muss.

Frau Pfeiffer macht deutlich, was die Betroffenen denken und fühlen. Bei den Betroffenen macht sich eine Fassungslosigkeit und Hilflosigkeit breit, keine Sicherheit zu haben, ist für die Betroffenen nicht auszuhalten.

Zu TOP 5 Mediale Versorgung des Ortsamtes-Osterholz

Gäste:

Herr Harjes Senatskanzlei
Herr Hassler GEWOBA

Frau Kemp führt in die Thematik ein. Das Ortsamt ist seit Monaten digital nicht arbeitsfähig (kein Anschluss an das Verwaltungsnetz, kein Anschluss an ZEBRA und VIS, der Drucker/Scanner steht noch im alten Ortsamt, seit einer Woche funktionieren die Telefone erst). Das Ortsamt ist die Verwaltung für den Beirat. Es muss sofort Abhilfe geschaffen werden. Herr Dillmann ergänzt, dass dieser Zustand seit September 2024 anhält. Was ist mit Bauanträgen, die digital eingereicht werden, WLAN im Sitzungssaal für die Beiratsmitglieder. Alles derzeit nicht vorhanden/möglich.

Herr Hassler berichtet, dass die Baubeschreibung/Leistungsbeschreibung von 2019 ist und es nur eine Firma gibt, mit der zusammengearbeitet werden darf. In der Bauphase hat sich die Ausführungsphase diesbezüglich versuchsweise verändert. Herr Hassler versteht den Unmut, er wurde allerdings nicht in die behördlichen Abläufe eingebunden. Weiterhin betont er, dass der Beton zu dick sei, um ein stabiles Netz zu bekommen. Warum wird nicht mit Access Points, wie in Schulen, bearbeitet, so **Frau Kemp**. Herr Hassler betont, dass WLAN vorhanden ist, aber der Handyempfang schlecht ist.

Herr Harjes informiert, ohne die beiden Dienstleister BREKOM und Dataport nichts umgesetzt wird. Und es gibt nur diese beiden Dienstleister. Die Telefone sind mitterweile angeschlossen. Es waren mehrfach Firmen im Ortsamt, um die Arbeitsplätze an das Verwaltungsnetz anzuschließen. Allerdings liegen derzeit unlösbare technische Probleme vor. Aus diesem Umzug mit den folgenden Problemen können wir für die Zukunft lernen. Er bedankt sich bei Allen für die Geduld.

Herr Haase fragt nach, zu wann der Bildschirm ins Foyer kommt. Hier gibt es noch Klärungsbedarf innerhalb der Senatskanzlei, die Zusage für den Bildschirm bleibt aber erhalten, so **Herr Harjes**.

Zu TOP 6 Machbarkeitsstudie für einen Nachfolgebau der KiTa Graubündener Straße

Gäste:

Herr Tasan QM Schweizer Viertel

Herr Rabeneck stellv. Kita Leitung KuFZ Graubündener Straße

Herr Tasan berichtet, dass seit 15 Jahren über einen Neubau gesprochen wird. Alle verantwortlichen Bereichen haben eigentlich auch zugesichert, dass der Neubau kommt. Es ist eine unendliche Geschichte ohne voranzukommen. Für die Kita waren eigentlich 500.000€ aus IEK Mittel vorgesehen. Diese sind bisher nicht geflossen, ggf. werden die Gelder für andere Projekte eingesetzt. **Herr Haase** fragt nach der Ernsthaftigkeit der Beiratsarbeit. Es gibt Beschlüsse des Beirates, seit 10 Jahren beschäftigt sich der Beirat mit dem Thema. Es gibt eigentlich nur eine Entscheidung: Abriss oder Sanierung. Und jetzt kommt die Info von Immobilien Bremen, dass der bauliche Zustand der Kita in Ordnung ist. Das Thema müssen wir gemeinsam weiterhin voranbringen. Der stellv. Kita-Leiter **Herr Rabeneck** bekräftigt das Gesagte: der Zustand ist alt, marode, es gibt eine Toilette für Alle und eine Gästetoilette, Handwerker kommen regelmäßig, weil immer etwas kaputt ist. Das Außengelände lässt einen Neubau neben dem Altbau zu. Egal wie, es muss eine Lösung gefunden werden, die für alle tragbar ist, so Herr Rabeneck. **Herr Kauffels** (SKB) betont, dass alle Verantwortlichen bemüht sind, aber die finanziellen Mittel nicht vorhanden sind. Auch die wirtschaftliche Untersuchung sieht einen Neubau vor.

Herr Sporleder fragt nach, warum der private Investor, der eine Kita in der Ellenerbrokstraße bauen wird, nicht für den Neubau der Kita Graubündener Straße in Betracht kommt. Möglich wäre es, wenn ein privater Investor auf städtischer Fläche baut. Der Beirat hat den Neubau der Kita in der Ellenerbrokstraße abgelehnt.

Frau Kemp macht den Vorschlag, das Thema im Unterausschuss frühkindliche Bildung zu platzieren. Es wird um Prüfung gebeten, den Investor für den Neubau Kita Graubündener Straße zu gewinnen. Die bereits beschlossenen Beiratsanträge werden vom Beirat bekräftigt.

Herr Kauffels kennt die Beschlüsse. Der Neubau der Kita Ellenerbrokstraße ist kein Projekt von Bildung. Er weiß nicht, wie die rechtlichen Grundlagen sind. Aber, wenn die Kita Ellenerbrokstraße nicht kommt, heißt es nicht automatisch, dass der Neubau der Kita Graubündener Straße umgesetzt wird.

Herr Haase kritisiert die fehlende Rückmeldung von Bildung zu dem ablehnenden Beschluss für den Kita Neubau in der Ellenerbrokstraße. Auch die Nichtbeteiligung des Beirates zur Investorfrage und Neubau Situation, spricht Herr Haase kritisch an. **Herr Kauffels** wird die beiden Kritikpunkte mitnehmen und besprechen.

Zu TOP 7 Anträge

Stadtteilbudget Bau:

Herr Sporleder informiert, dass aus dem Stadtteilbudget Bau für die Sanierung eines Teilstücks der Fuß- und Radweges Remscheider Straße aus dem Stadtteilbudget Bau 30.000€ freigegeben worden sind. Der Beirat bestätigt einstimmig diese Ausgabe.

Neuregelungen des Silvesterfeuerwerks

Der Beirat Osterholz beschließt:

Der Beirat Osterholz schließt sich dem Beschluss des Beirates Blumenthal und Hemelingen in folgender Fassung an:

Der Beirat Osterholz unterstützt ausdrücklich die Bemühungen des Innensenators Ulrich Mäurer, in der Innenministerkonferenz der Länder zu neuen Regelungen des Silvesterfeuerwerks zu kommen. Wir fordern zentrale professionelle Feuerwerke durch Pyrotechniker und die Benennung von Erlaubniszonen, bzw. eine deutliche Ausweitung von Böllerverbotszonen. Kleine Areale je Ortsteil könnten effektiver durch Polizei und Ordnungsdienst überwacht werden. Dieser Antrag soll dem Senator für Inneres, anderen Beiräten und der Beirätekonferenz mit dem Ziel eines gemeinsamen Votums an Bürgerschaft und Senat vorgelegt werden.

Begründung: Auch in der Silvesternacht 2024/25 ist es wieder zu fünf Toten und zu zahlreichen Schwerverletzten durch unsachgemäßen Gebrauchs von Sprengstoff bundesweit gekommen. In Bremen wird im Vorjahresvergleich von einer ruhigen Nacht gesprochen und trotzdem mussten 400 Einsatzkräfte der Polizei die Nacht durcharbeiten. Es kam zu 140 RTW Einsätzen. Schon wieder wurden Rettungskräfte mit Böllern beworfen und das Fahrzeug eines Bremen-Norder Ehepaars ging nach dem Überfahren eines

nicht näher beschriebenen Feuerwerks in Flammen auf. Menschengruppen in vielen Stadtteilen lassen bei der Verwendung der Knallkörper jedes Maß und jeden Respekt vor Polizei, Feuerwehr, Notfallsanitätern und Mitbürgern vermissen. Tagelang ist die Böllerei zu hören und in der intensivsten Zeit in der Silvesternacht erinnert das Geschehen mancher Orts an bürgerkriegsähnliche Zustände. Oftmals sind es illegal eingeführte Sprengkörper und selbstgebasteltes Feuerwerk, welche zu Bränden, Zerstörungen und zu schweren Verletzungen führen. Weitere Gründe für ein Verbot sind das Tierleid von Haustieren und von Wildtieren. Der Nabu fordert seit Jahren ein Feuerwerksverbot, da zahlreiche Wildtiere vor Panik fliehen, oder später an dem unnötigen Energieverlust zur Winterzeit versterben. Etwa 180 Mio Euro lässt sich die Bevölkerung das jährliche Spektakel kosten und erzeugt dabei mit 2050 Tonnen Feinstaub etwa 1% der jährlichen Emissionen. Tausende Tonnen von Abfall müssen nach der Silvesternacht entfernt werden.

Es muss bei allem Verständnis für Traditionen und Freude in der Silvesternacht auch um den Verstand gehen. Das Wissen um die negativen Folgen und jüngere sehr unbefriedigende Entwicklungen in den großen Städten machen aus unserer Sicht neue Regeln und Begrenzungen unumgänglich.

Der Antrag wird einstimmig angenommen (Beschluss Nr. 49-2025/21. Legislaturperiode).

Antrag an den Beirat Osterholz zur Sicherung der sozialen Angebote in Osterholz (Antragsteller Nesim Arslan BSW)

Herr Arslan führt in die Thematik ein. Es geht hier um eine Willensbekundmachung, um die derzeitige dramatische Lage erneut zu bekräftigen. Er würde sich um Unterstützung zu seinem Antrag freuen. **Herr Haase** bekräftigt, dass die Thematik für alle wichtig ist, es aber einige Beschlüsse bereits dazu gibt. Die Fraktionen unterstützen den Antrag aus sachlicher Ebene nicht, weil er weniger konkret ist und nichts Neues wiedergibt und es bereits um die 10 Beschlüsse zu dieser Thematik gibt. Die CDU, SPD und Grüne unterstützen den Antrag nicht. Herr Lieder unterstützt den Antrag aus persönlicher Ebene nicht. Im Vorfeld ist angeboten worden, den Antrag gerne zu ändern, damit er dann Unterstützung erfährt, so **Herr Arslan**. **Herr Last** findet das Verfahren zu diesem Anfrage daneben. Bislang wurde es so praktiziert, dass Änderung besprochen und im Antrag umgesetzt worden sind. Warum das hier nicht möglich ist, da versteht er die drei Fraktionen nicht, die den Antrag nicht unterstützen. Herr Arslan nimmt die inhaltliche Ablehnung zur Ktn., auch wenn er die Gründe nicht nachvollziehen kann. Nach langer und hitziger Diskussion beantragt **Herr Sporleder** das Ende der Diskussion.

Die Abstimmung zu dem Antrag sieht wie folgt aus:

- Herr Arslan und Herr Last stimmen für den Antrag (2x JA-Stimmen)
- Die anderen 16 Beiratsmitglieder stimmen gegen den Antrag (16x NEIN-Stimmen)
- Es gibt keine Enthaltungen.

Somit ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt worden.

Zu TOP 8 Bürgeranträge in Stadtteilangelegenheiten

-/-

Zu TOP 9 Mitteilungen des Ortsamtes

Herr Schlüter verweist auf die Emails.

Zu TOP 10 Verschiedenes

-/-

Bremen, 19.05.2025

gez. Ulrich Schlüter
(Sitzungsleitung)

gez. Wolfgang Haase
(Beiratssprecher)

gez. Vanessa Klin
(Protokollführung)